

Einig im Ziel – streitig auf dem Weg

Ordentliche Vollversammlung der BLZK am 21./22. November 2008

Mit einem starken Auftritt begann die diesjährige Vollversammlung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer. Die großen zahnärztlichen Körperschaften und Verbände in Bayern – BLZK, KZVB, FVDZ, ZZB, BDIZ EDI und BDK – lehnen gemeinsam den Referentenentwurf zur GOZ ab. Hierzu hatte die BLZK einen Entwurf vorgelegt. Doch die Einigkeit währte nicht lange.

Kontrovers wurde das Verhalten der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) in den Gesprächen über eine neue Gebührenordnung mit dem Bundesgesundheitsministerium diskutiert. Vor allem der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns, Dr. Janusz Rat, erneuerte seine Kritik am Verhandlungsstil der BZÄK. Dem trat der Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, Michael Schwarz, energisch entgegen. Mit der Vorlage einer Honorarordnung für Zahnärzte – kurz HOZ – habe die BZÄK ihre Kompetenz unter Beweis gestellt. Kaum gesagt, hinterfragte Dr. Jürgen Marbaise die Rahmendaten, die der HOZ zugrunde gelegt worden waren, ergänzt um die Kritik von Dr. Rolf-Jürgen Löffler hinsichtlich der Auswahl des wissenschaftlichen Instituts, welches die betriebswirtschaftlichen Parameter für die neue Honorarordnung im Jahr 2004 erhoben hatte.

Zusätzlichen Auftrieb erhielt die Diskussion durch die am Vorabend der VV beschlossene Abberufung

des GOZ-Referenten der BLZK, Dr. Peter Klotz. Der Kammervorstand war der Meinung, dass die Stellungnahme zum Referentenentwurf durch die neu gegründete „Freie Zahnärzteschaft (FZ)“, einer Abspaltung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) in Bayern, gegenüber dem bayerischen Gesundheitsministerium voreilig war und die gewünschte Geschlossenheit der zahnärztlichen Berufsverbände unnötig in Frage stellte. Insbesondere Kammerpräsident Schwarz kritisierte unter Bezugnahme auf die einschlägigen Satzungsbestimmungen der BLZK, dass Dr. Klotz als GOZ-Referent der Kammer diese Stellungnahme ohne die geplante Abstimmung mit dem Kammervorstand auf den Weg gebracht hatte.

Staatsminister Dr. Heubisch zur GOZ

Große Einigkeit bestand wieder, als der neue Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, am Samstagmorgen die 70 Delegierten mit den Worten begrüßte: „Es ist gut, wieder daheim zu sein.“ Dr. Heubisch erteilte dem Referentenentwurf zur neuen GOZ eine klare Absage. Die bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsident Horst Seehofer werde den Entwurf spätestens im Bundesrat zu stoppen versuchen. Dr. Heubisch: „Diese GOZ ist der Einstieg in eine völlig neue Versorgungslandschaft, in der selbstständige Praxen es immer schwerer haben, zu überleben.“ Eindeutig bekannte sich Dr. Heubisch, selbst viele Jahre Vizepräsident der BLZK, zur Freiberuflichkeit: „In einem Land wie Bayern können wir die medizinische Versorgung nur aufrechterhalten, wenn Ärzte und Zahnärzte in der Fläche tätig sind.“

Zur neuen Approbationsordnung betonte der zuständige Minister das grundsätzliche Einvernehmen mit den Hochschulen, dass der curriculare Normwert, der die Betreuungsrelation zwischen Lehrern und Studenten ausdrücke, angepasst werden muss. Andererseits wies Dr. Heubisch auf Finanzierungsengpässe im Staatshaushalt hin, die sich zum einen aus dem Desaster bei der Bayerischen Landesbank, zum anderen aus der Tatsache ergeben, dass 2011 ein doppelter Abiturientenjahr-



Fotos: BLZK

Michael Schwarz kritisierte den Alleingang der Freien Zahnärzteschaft bei der Bewertung des GOZ-Referentenentwurfs.



Übergabe der gemeinsamen Stellungnahme zum GOZ-Referentenentwurf an Ministerialrat Frank Plesse (3.v.l.): Dr. Claus Durlak, BDK, Dr. Janusz Rat, KZVB und ZZB, Michael Schwarz, BLZK, Christian Berger, BLZK und BDIZ EDI, und Dr. Jürgen Welsch, FVDZ (v.l.n.r.)

gang ansteht, der mit einer ausreichenden Zahl an Studienplätzen versorgt werden muss. „Da können wir die Zahl der Studienplätze nicht senken“, so Dr. Heubisch. Er bekräftigte, dass er sich vor allem im Kontakt mit Kammervorstandsmitglied Professor Reinhard Hickel von der LMU München um eine Lösung dieses Problems bemühen werde. In diesem Zusammenhang trat Dr. Heubisch auch für mehr Freiheiten der Universitäten bei der Berufung ihrer Professoren ein. Insgesamt dürfe sich der Berufsstand darauf verlassen, dass die neue bayerische Staatsregierung eine konsequente Mittelstandspolitik fahren werde. Dies gelte im Hinblick auf die Erbschaftssteuerreform ebenso wie beim Thema Steuerentlastung. Dr. Heubisch zeigte sich überzeugt davon, dass der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer auch als CSU-Vorsitzender alles unternehmen werde, die Belastungen des Mittelstandes abzubauen. Dabei werde ihn die FDP sowohl als Regierungspartner in Bayern als auch im Bund tatkräftig unterstützen. Heubischs Rede wurde von den BLZK-Delegierten mit lang anhaltendem Applaus quittiert.

Uneinig bei Beitragsanpassung und Nachtragshaushalt

Die Einigkeit währte allerdings nicht lange. Insbesondere die Haushaltsdebatte verlief kontrovers. Für den Freien Verband Deutscher Zahnärzte, Landesverband Bayern, brachte Kammervorstandsmitglied Dr. Rüdiger Schott einen Alternativ-Haushaltsplan ein, der schließlich auch die Unterstützung von Zukunft Zahnärzte Bayern (ZZB) fand. Statt der ursprünglich vorgesehenen Beitragsan-

passung (nach zehn Jahren) in Höhe von 12,67 Euro monatlich muss die Kammer künftig mit einem Zusatzbeitrag in Höhe von 5,67 Euro auskommen (siehe Beitragsordnung auf Seite 83 dieser Ausgabe). Sowohl Kammerpräsident Michael Schwarz als auch Hauptgeschäftsführer Peter Knüpper wiesen darauf hin, dass damit eine ganze Reihe von Projekten, insbesondere die Europa-Arbeit der Kammer, nicht mehr möglich sein werden. Auch bei der Öffentlichkeitsarbeit votierte die Mehrheit der Vollversammlung auf Antrag der oberbayerischen Delegierten Dr. Gabriele Hager-Jolicœur für Einschränkungen.

Bis in den Samstagabend hinein währte die Diskussion über den Kammerhaushalt und die daraus resultierenden Beitragsanpassungen, wobei sich am Ende eine Mehrheit gegen den Entwurf des Kammervorstandes fand, den die VV zuvor für das Haushaltsjahr 2007 einstimmig bei einigen Enthaltungen entlastet hatte. Breite Zustimmung gab es – nach intensiver Diskussion – für den Nachtragshaushalt 2007. Einstimmig beschlossen die Delegierten, auf die Anpassung der Reisekosten im kommenden Jahr zu verzichten, um damit ein Zeichen zu setzen.

Keine neuen Weiterbildungsgebiete

Weiteres wichtiges Thema der Kammer-VV war die Fort- und Weiterbildung. Wie bereits im Vorjahr bekräftigten die Delegierten ihre Auffassung, dass neue Weiterbildungsgebiete in der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ebenso unerwünscht sind wie zusätzliche Master-Angebote durch die Universitäten. Andererseits wurde auf Antrag des Kammervorstandes per Beschluss eine zügige Verabschiedung der neuen Approbationsordnung, die sich stärker an der Medizin orientiert, angemahnt. In allen Fällen erfolgten die Entscheidungen einstimmig oder mit großer Mehrheit. Dies galt auch für eine Änderung der Weiterbildungsordnung, die durch die Europäische Berufsqualifikations-Richtlinie notwendig geworden war.

Kammerpräsident Michael Schwarz dankte am Ende der Beratungen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kammer für ihren engagierten Einsatz zum Wohle der bayerischen Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie Dr. Horst-Dieter Wendel für eine souveräne Sitzungsleitung.

Redaktion